**Zeitschrift:** Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

**Herausgeber:** Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

**Band:** 87 (1996)

**Heft:** 20

**Artikel:** Die Elektrizitätswirtschaft in Bewegung : Präsidialansprache der 105. VSE-Generalversammlung, 5. September 1996 in Thun

**Autor:** Küffer, Kurt

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-902368

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.07.2025

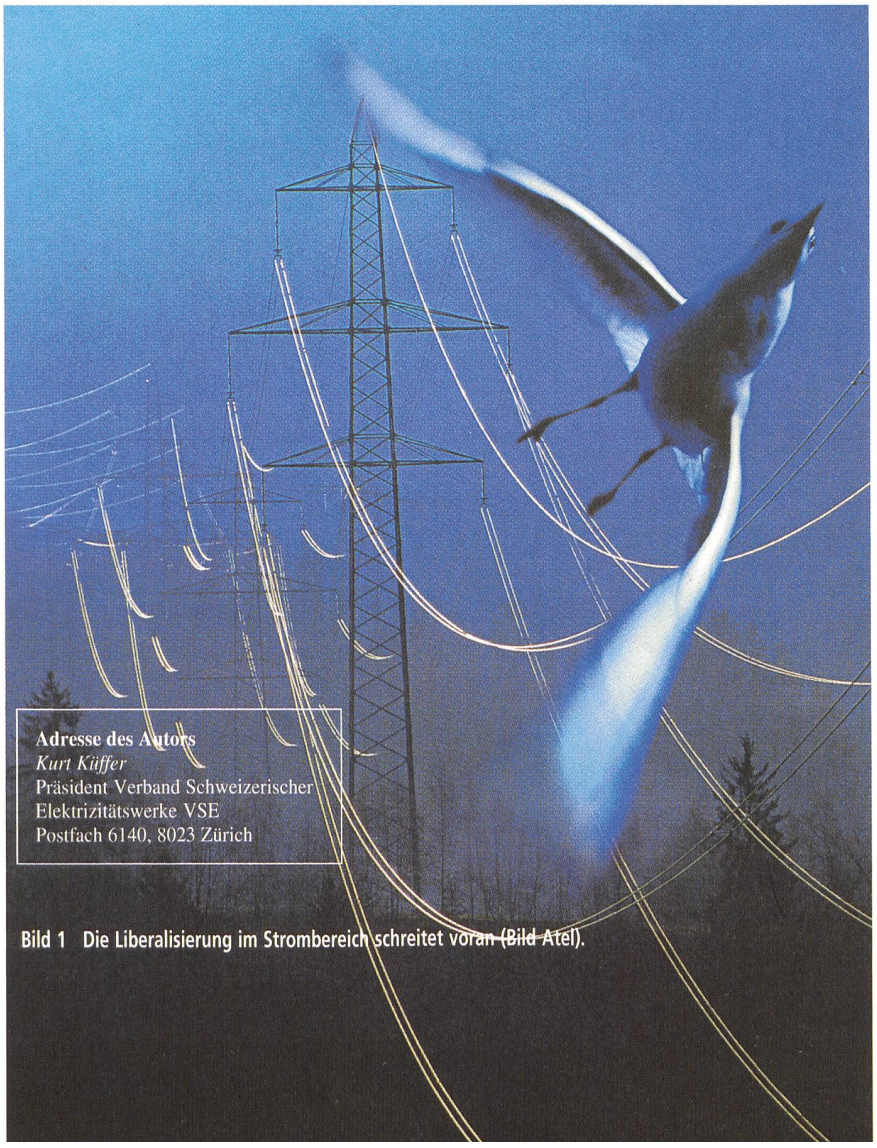
**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Im vergangenen Jahr konnte der VSE auf seine 100jährige Geschichte zurückblicken. Sie war geprägt vom Aufbau einer sicheren Stromversorgung und einer möglichst hohen Versorgungsautonomie. Die Gesellschaft stellte ferner hohe Sicherheitsanforderungen an die Ingenieure. Daraus entwickelte sich eine zunehmende staatliche Einflussnahme bis hin zur Tarifpolitik. Bereits im Jahr eins nach dem denkwürdigen Centenarium mehrten sich die Stimmen in der Öffentlichkeit, wonach die Elektrizitätswirtschaft ineffizient und damit zu teuer produziere und, dass es an der Zeit sei, auch unsere Branche dem rauhen Wind der Konkurrenz auszusetzen. Damit wird das historisch gewachsene Versorgungssystem brüsk mit neuen Wettbewerbselementen konfrontiert.

# Die Elektrizitätswirtschaft in Bewegung

**Präsidialansprache der 105. VSE-Generalversammlung, 5. September 1996 in Thun**

■ Kurt Küffer



**Adresse des Autors**
*Kurt Küffer*
Präsident Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke VSE
Postfach 6140, 8023 Zürich

Bild 1 Die Liberalisierung im Strombereich schreitet voran (Bild Atel).

## Veränderungen als Chance

Die 470 Mitgliedwerke des VSE befinden sich heute an der Schwelle eines tiefgreifenden Strukturwandels. Die Nachfrage nach Strom hat sich verflacht, europaweit bestehen Überkapazitäten, der Preis- und Kostendruck steigt. Gleichzeitig schreitet die Liberalisierung im Strombereich unaufhaltsam voran (Bild 1). Auslöser der kommenden Restrukturierungen sind die hohen Industriestrompreise – gekoppelt mit der derzeitigen Rezession und der Globalisierung der Märkte – die vor allem auf den stromintensiven Industrieunternehmen lasten.

Nach mehrjährigen und zähen Verhandlungen haben sich die Energieminister der Europäischen Union (EU) vor wenigen Monaten auf eine Richtlinie zur schrittweisen Liberalisierung der Strommärkte ab Anfang 1997 geeinigt. Fest steht, dass sich die Schweiz aufgrund ihrer engen Einbettung in das europäische Verbundsystem dieser Entwicklung nicht entziehen kann. Die EU-Richtlinie lässt allerdings in den einzelnen Ländern verschiedene Systeme zu, so dass auch bei uns für die Umsetzung

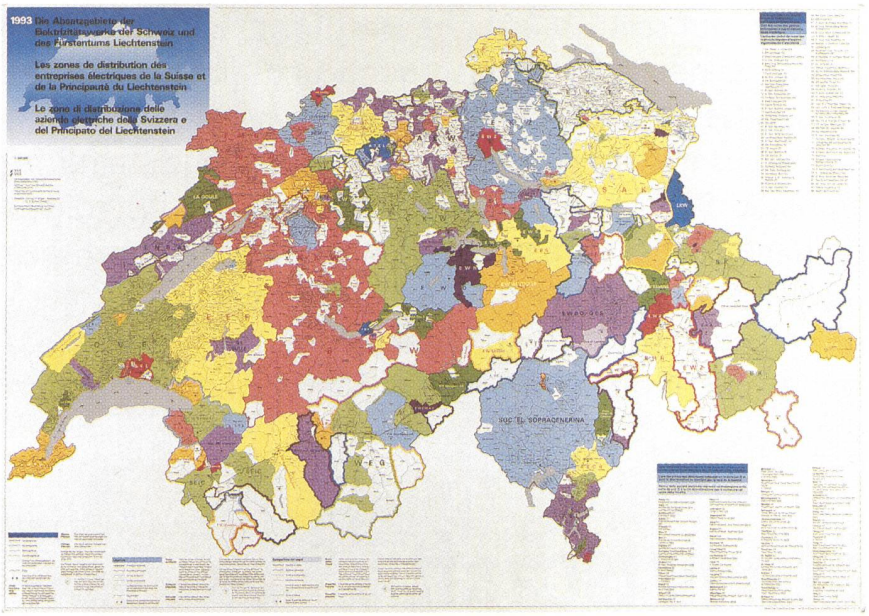



Bild 2 Die Absatzgebiete der Elektrizitätswerke der Schweiz.

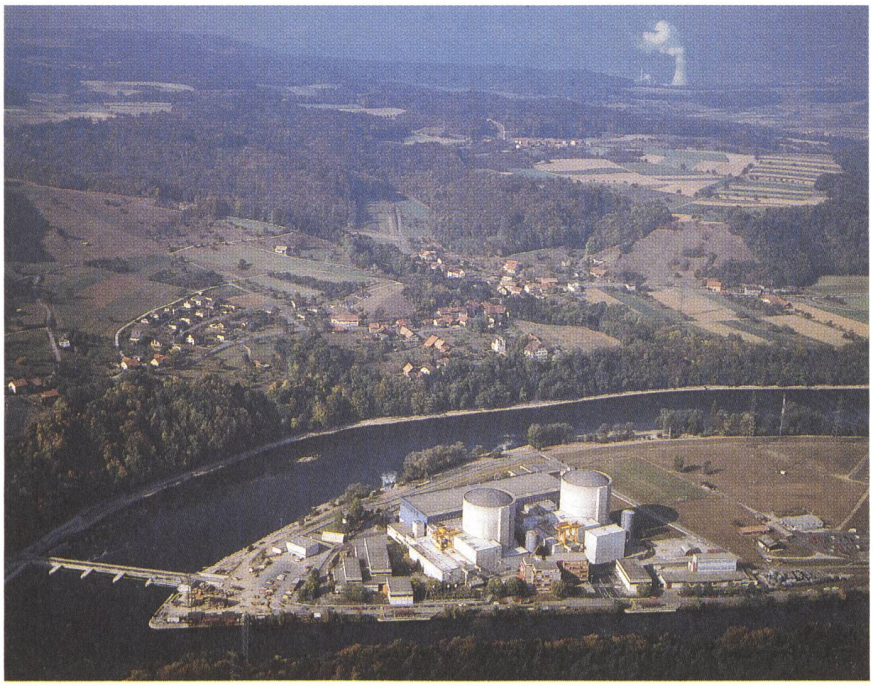


Bild 3 Wasser- und Kernkraftwerke mit hoher Bauqualität und guten Umweltwerten.

der Marktöffnung ein gewisser Handlungsspielraum verbleibt.

Zurzeit ist die Position der Schweiz noch nicht definiert. Ende September sollen – als Fortsetzung der Untersuchungen im Rahmen der Arbeitsgruppe «Cattin» – Empfehlungen zuhanden des Bundesrates folgen, der somit eine Stellungnahme bis Ende Jahr abgeben könnte.

Unabhängig von einem allenfalls neuen Wettbewerbsmodell fordern die Vertreter der Wirtschaft tiefere Strompreise und eine Entpolitisierung der Stromversorgung. Die Vertreter der Umweltorganisationen orten Gefahren beim «Ökodumping» (Import von Strom aus umwelt- und sicherheitsmässig bedenklichen Kohle- und Kernkraftwerken vor allem in Osteuropa). Umgekehrt fordern sie eine Verteuerung der Energie- und namentlich des Stromes als Sparanreiz und zur Finanzierung von auf absehbare Zeit nicht konkurrenzfähigen Ersatzinvestitionen. Die Konsumentenorganisationen befürchten eine stärkere Belastung der Kleinkunden zugunsten der Wirtschaft. Und die politischen Behörden sehen ihre energiepolitischen Lenkungsinstrumente gefährdet.

Die Elektrizitätswirtschaft verschliesst sich einer Öffnung des Elektrizitätsmarktes grundsätzlich nicht. Aufgrund der historisch gewachsenen Kraftwerkstruktur ist aber ein helvetischer Kompromiss nötig (Bild 2). Sonst besteht die Gefahr, dass weniger kapitalintensive öl- und gasbefeuerte Kombikraftwerke kurzfristig den nur längerfristig wirtschaftlichen Wasser- und Kernkraftwerken (Bild 3) mit ihrer hohen Bauqualität und guten Umweltwerten den Rang ablaufen, was zu volkswirtschaftlichen Verlusten führt.

Ausgehend von den heutigen schweizerischen Strukturen sind – in Anlehnung an die EU – Anstrengungen zu unternehmen, um vordringlich den strompreissensiblen Kunden von Produktionsenergie, das heisst der Industrie, zu einer international konkurrenzfähigen Stromversorgung zu verhelfen. Sukzessive und in Anlehnung an die EU ist eine Erweiterung des Kreises der berechtigten Kunden und Lieferanten ins Auge zu fassen. Dabei wird es notwendig sein, den entstehenden Margendruck durch mehr betriebliche Effizienz und Straffung der Versorgungs-Strukturen auf freiwilliger Basis (z. B. durch Kooperationen, Fusionen) aufzufangen. Dies ist aber nur dann möglich, wenn gleichzeitig die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden.

## Wirtschaftsverträgliche Rahmenbedingungen?

Worum geht es konkret? Die Stromwirtschaft ist in der Vergangenheit unter immer neuen Titeln immer intensiver als «Hochleistungs-Milchkuh» missbraucht worden. Immer zahlreicher und höher sind die Abgaben, die unser Produkt verteuern. So gehen heute über 2 Milliarden Franken pro Jahr – oder 25% des Stromumsatzes der Endkunden – an die öffentliche Hand. Sie sind der «Klotz am Bein», der unseren Werken ein Gleichziehen mit der europäischen Konkurrenz verunmöglicht.

Auch die jüngste Wasserzinserhöhung gehört in dieses Kapitel: Weitere 130 Millionen Franken sollen einzelnen Kantonen und Gemeinden zufliessen. Die Effizienzgewinne, welche die Elektrizitätswerke ihren Industriekunden weitergegeben haben (z. B. mit Industrierabatten), werden durch einen politischen Schlag zunichte gemacht. Auf der andern Seite liegen sich heute die Nutzniesser und Nicht-Nutz-

niesser der Wasserzinsen in den Haaren. Weitere Begehrlichkeiten sind somit vorprogrammiert.

Angesichts der grossen Zahl von Stromkunden liegt es gefährlich nahe, die elektrische Energie für fiskalische Zwecke zu missbrauchen. Dazu ein Zahlenbeispiel: Jährlich werden in der Schweiz rund 50 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom gekauft. Eine Abgabe von einem Rappen pro kWh belastet einen Haushalt jährlich mit rund 50 Franken. Bei einem Gewerbebetrieb schlägt die Erhöhung bereits mit einigen tausend Franken zu Buche. Bei einem Grosskonzern kann sie sogar Mehrkosten in Millionenhöhe auslösen. Der Staat erhält im Gegenzug rund 500 Millionen Franken. Sobald der Bürger den Beutezug auf seinen Geldbeutel vergessen hat, lässt er sich offenbar bereitwillig das nächste «Salami-Rädlein» abschneiden. Wo sind die Konsumentenorganisationen geblieben, die dieses Spiel aufdecken?

Von Deregulierung auf den Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden ist noch wenig zu spüren. Der Entwurf zum neuen Energiegesetz lässt zwar einen Trend zu einem Rahmengesetz erkennen. Dennoch scheint der Ball der staatlichen und nicht marktgerechten Regulierung noch nicht zum Stillstand gekommen zu sein. Zudem werden im neuen Energiegesetz die umweltorientierten Forderungen, insbesondere die Sparmassnahmen und die Förderung neuer erneuerbarer Energieträger durch Subventionen, in den Vordergrund gestellt.

Wer es mit der von Politikern aller Schattierungen so lautstark besungenen Revitalisierung der Wirtschaft wirklich ernst meint, müsste zur Verbesserung des Produktionsstandortes Schweiz den Akzent auf eine möglichst preisgünstige Energieerzeugung legen. Auch die Bewilligungsverfahren für neue Werke und Anlagen verteuern die Gestehungskosten über Gebühr. Sie können Generationen überdauern, werden oft angereichert mit Gerichtsverfahren und verlangen meist Prüfungen und Abklärungen in Millionenhöhe. Die Folgen dieser kostspieligen Verfahren und der steigenden Energiebelastungen bleiben nicht aus. Selbst bewilligte Anlagen werden nicht realisiert. Projektierungen werden eingestellt, weil das finanzielle Risiko zu hoch wird.

Damit nicht genug: Neue Volksinitiativen wollen die Energie zusätzlich belasten. Dabei wird wohl vergessen, dass die Schweiz eines der kleinsten Länder ist, dass wir geographisch im Zentrum der EU sitzen und wirtschaftlich und umweltmässig kein Inseldasein führen können. Was zählt, ist der Endpreis des Produktes auf dem Weltmarkt, dessen Konkurrenzfähigkeit eine Belastung mit zusätzlichen Steuern und Abgaben längst nicht mehr erträgt.

Was können und müssen wir angesichts dieser widersprüchlichen Entwicklungen und Forderungen tun?

Bild 4 Funk- und Signal-Übermittlungsmast beim Unterwerk Breite (ZH).

## Fünf-Punkte-Programm der EW zur «Marktöffnung»

### 1. Betriebliche Effizienz weiter steigern

Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft will die betriebliche Effizienz ihrer technisch hochstehenden Leistungserbringung weiter steigern. Sie will alle ihr offen stehenden Möglichkeiten zur Optimierung der Abläufe, zur Verstärkung der Zusammenarbeit in Betrieb und Netzbenützung sowie zur Senkung der Kosten im Interesse der Stromkunden voll ausschöpfen.

### 2. Strukturanpassungen ermöglichen

Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft unterstützt die Schaffung der politischen und rechtlichen Voraussetzungen, um betrieblich sinnvolle Anpassungen und Vereinfachungen in der breitgefächerten und vielschichtigen Organisationsstruktur der schweizerischen Stromversorgung herbeizuführen. Sie bietet den zuständigen Behörden und Organen auf den Stufen von Gemeinden, Kantonen und Bund ihr Fachwissen bei der entsprechenden Bereinigung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und der Eigentums-Strukturen an.

### 3. Europakompatible Marktlösungen entwickeln

Bei der Entwicklung von Marktlösungen ist die schweizerische Elektrizitätswirtschaft bestrebt, mit Wirtschaft, Politik und Behörden zusammenzuarbeiten, um im Interesse einer zuverlässigen und wirtschaftlichen Stromversorgung die sich stellenden Probleme zweckmässig zu lösen. Dabei sollen die Neuordnung in der Europäischen Union und die von unseren Nachbarländern gewählten Lösungen berücksichtigt werden.

### 4. Möglichst geringe Belastung des Produktionsfaktors Strom

Die schweizerische Elektrizitätswirtschaft setzt sich zuhanden ihrer Kunden für eine geringere Belastung der Elektrizität durch öffentlich-rechtliche Abgaben und Sondersteuern ein, dies insbesondere dort, wo Strom im internationalen Wettbewerb als Produktionsfaktor eingesetzt wird. Zur Verstärkung der Kostentransparenz und des Standortwettbewerbs will sie zudem die von den Stromkunden zu tragenden fiskalischen Belastungen möglichst offen ausweisen.

### 5. Pragmatische Übergangslösungen für unsere Kunden suchen

In Erwartung einer Klärung der noch offenen Fragen und Probleme im europäischen Umfeld entwickeln die betroffenen Elektrizitätswerke im Gespräch mit ihren

## Neue Branchenpolitik

Die Umsetzung der neuen Branchenpolitik ist mit dem vom Vorstand genehmigten «Handbuch des VSE» auf den Zeitpunkt dieser Generalversammlung erfolgreich abgeschlossen worden. Die VSE-Organisation arbeitet vernetzt mit den vier Ressorts (Dienstleistungen & Technik, Markt & Kunden, Politik sowie Kommunikation) und nach Landesteilen (Deutschschweiz mit VSE Zürich und Büro Bern, Westschweiz mit Electricité Romande und neu im Tessin mit Elettricità Svizzera Italiana, die am 1. September ihre Arbeit aufgenommen hat). Die Vorhaben werden vorwiegend nach den Prinzipien des Projektmanagementes ausgeführt und überwacht und durch die Geschäftsstelle des VSE koordiniert. Die Grundlagen für eine effiziente Verbandsführung stehen zur Verfügung. Es liegt an uns allen, diese nun zum Tragen zu bringen. Drei Projekte seien speziell erwähnt:

- **Neue Kampagne:** Unter dem neuen Signet soll erstmals seit vier Jahren wieder mit einer nationalen Publikums-Kampagne an Plakatwänden und in Zeitschriften ein gesamtschweizerischer Auftritt erfolgen.
- **Solarstromangebot der EW:** Kurzfristig kann die Photovoltaik keinen spürbaren Beitrag zur gesamten Stromversorgung leisten. Als neue Dienstleistung bieten aber immer mehr Elektrizitätswerke ihren Kunden Beteiligungen an solchen Anlagen an. Der Kunde hat die Möglichkeit, Solarstrom zu vollen Kosten zu beziehen. Dieses Angebot soll künftig in Zusammenarbeit mit «Energie 2000» noch weiter ausgebaut werden.
- **Internet:** Mit dem Einstieg ins Internet nutzt die Branche schon heute die Medien von morgen. Grössere Mitgliedwerke sind bereits auf Internet präsent. Für allgemeine Brancheninformationen steht ab sofort **http://www.strom.ch** zur Verfügung. Via VSE können Mitgliedwerke ihr Informationsangebot im Internet unterbringen.

SCHWEIZER ELEKTRIZITÄT
Der Draht mit Zukunft

Kunden in den eigenen Versorgungsgebieten pragmatische und zweckmässige Übergangslösungen. Diese sollen auch die berechtigten Interessen der Mitarbeiter, Kreditgeber und Eigentümer mitberücksichtigen.

## Einstieg in die Telekommunikation: DIAX

Hier lässt sich eine Brücke schlagen zum Wachstumsmarkt der Telekommunikation, wo sich die Verhältnisse deshalb ganz anders präsentieren, weil die Liberalisierung international und in der EU weit fortgeschritten ist. In der Schweiz stehen die gesetzlichen Rahmenbedingungen praktisch bereit und gehen noch dieses Jahr in die parlamentarischen Beratungen. Die Vorbereitungen für den Einstieg der Elektrizitätswerke in den Telekommunikationsmarkt wurden im Juli durch die Gründung von DIAX weiter konkretisiert. Die Vorbereitungen für eine Allianz mit einem führenden, internationalen Telekom-Partner sollen bis Ende 1996 abgeschlossen sein.

Mit ihrer flächendeckenden Infrastruktur verfügt die Elektrizitätswirtschaft als Ganzes über eine einmalige Chance, ein äusserst attraktives – und mit der heutigen EW-Infrastruktur verwandtes – Geschäft aufzubauen und zu betreiben (Bild 4). DIAX stellt auch eine grosse Herausforderung für die Zusammenarbeit der Elektrizitätsgesellschaften dar und könnte in diesem sehr dynamischen Umfeld auch wertvolle Impulse für das Kerngeschäft vermitteln.

## Künftige Stromversorgung: Dialogprozess im Gang

1995 hat der VSE die «Vorschau '95 auf die Stromversorgung der Schweiz bis 2030» vorgestellt. Der VSE-Vorstand hat beschlossen, die Vorschau einem breiten Dialogprozess zu unterziehen. Ziel ist der Einbezug der Kunden in den Entscheidfindungsprozess und die Entkrampfung der Energiepolitik. Mit einer politisch breit abgestützten Meinungsbildung soll eine Branchenstrategie für die zukünftige Stromversorgung erarbeitet werden. Aus arbeitstechnischen Gründen wurden drei Gesprächskreise mit Interessenschwerpunkt Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gebildet.

In einer ersten Phase (seit Frühjahr 1996) finden Gespräche mit den Dialogpartnern statt. Die Gespräche mit der Wirtschaft haben bestätigt, dass sie kaum in unseren langen Planungszeiträumen denkt. Die Art der Strombeschaffung spielt für sie eine untergeordnete Rolle, wichtiger ist ein günstiger Strompreis. Die Wirtschaft stimmt ferner mit unserer Branche überein, dass der Einfluss der Politik auf die Energieversorgung zurückzubinden sei. Die Erkenntnisse aller Gespräche sollen im Frühjahr 1997 in einem Synthesebericht zusammengefasst werden. In einer zweiten Phase (Frühsommer 1997) wollen wir in einer weiteren Dialogrunde versuchen, einen mehrheitsfähigen Konsens zu finden. Diese Phase soll im Juli 1997 mit einem Konsens-Dissens-Bericht abgeschlossen werden. Anschliessend können wir unsere Schlussfolgerungen aus dem Dialogprozess ziehen und entsprechende Entscheide für die weitere Gestaltung der schweizerischen Stromversorgung treffen.

Während sich im ersten Jahrhundert des Bestehens der Elektrizitätswirtschaft die Unternehmen zusammen mit den Behörden für Wasserkraft und Kernenergie im eigenen Land eingesetzt haben, werden die nächsten Entscheide im Schulterschluss mit Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu treffen sein. Kostspielige Verhinderungen und Grabenkämpfe kann sich die Schweiz – und die Elektrizitätswirtschaft im heutigen stark im Wandel begriffenen Umfeld – weder politisch noch finanziell leisten.